



Newsletter Nr. 1 / 2012

Liebe Mitglieder der Kantonalpartei

Liebe Sympathisanten und Interessenten der Grünliberalen Kanton St.Gallen

Wir freuen uns, Euch unseren aktuellen Newsletter senden zu dürfen.

Euer Co-Präsidium der glp-Kantonalpartei; Patricia Künzle, Werner Anderegg und Martin Wicki

Inhalt

BERICHT AUS PRÄSIDIUM UND VORSTAND	2
ORGANISATION DER GLP KANTON ST.GALLEN	3
PERSONELLES.....	4
GLP-VOLKSINITIATIVE ENERGIESTEUE- STATT MEHRWERTSTEUER ESM	5
DELEGIERTENVERSAMMLUNG DER GRÜNLIBERALEN IM HOF ZU WIL AM 28.1.2012.....	7
DIE DELEGIERTEN DER GRÜNLIBERALEN FEIERTEN IM HOF ZU WIL IHREN SENSATIONELLEN WAHLERFOLG.	7
AUS DEM NATIONALRAT	7
AUS DEM KANTONSRAT	8
WAHLKREIS- UND ORTSPARTEIEN	9
WAHLKREIS WIL.....	9
WAHLKREIS TOGGENBURG	10
FACHGRUPPEN.....	10
FACHGRUPPE ENERGIE / UMWELT / RAUMPLANUNG	10

Bericht aus Präsidium und Vorstand

Es ist schon einige Zeit her seit unserem letzten Newsletter, denn die Prioritäten wurden in der ersten Hälfte dieses Jahres auf die **Kantonsratswahlen** gelegt. Dies war auch mit ein Grund, weshalb wir uns dafür einsetzten, dass die gemeinsam mit der Kantonalpartei Thurgau durchgeführte Delegiertenversammlung der glp Schweiz Ende Januar in Wil stattfinden konnte. Das war ein gut gelungener Anlass, wie der besondere Beitrag weiter unten aufzeigt. Der Erfolg von 5 Kantonsratsmandaten in den vier Wahlkreisen St. Gallen (2), Wil, See-Gaster und Sarganserland zeigt, dass die gesetzte Priorität richtig war, und wir danken all unseren Mitgliedern und Sympathisanten für ihre Unterstützung.

Als Folge davon durfte sich das Präsidium zusammen mit den Kantonsratsmitgliedern mit der Frage der **Fraktionsbildung** befassen, und es ist gelungen, mit dem Wunschpartner BDP eine Fraktion zu bilden. Dies ermöglicht uns nun eine Einflussnahme auf die Kantonalpolitik, wie dies im Beitrag „Aus dem Kantonsrat“ beschrieben wird.

Um zukünftig auf Kantonebene einflussreich politisieren zu können, ist neben der Kompromissfähigkeit innerhalb der Fraktion auch die Unterstützung durch Vorstand und Fachgruppen erforderlich. Als massgebliche Partei in der Fraktion werden wir zu den verschiedensten politischen Fragestellungen zur Vernehmlassung eingeladen, und für sachlich fundierte Analysen sind wir als Partei auf **Unterstützung durch Fachgruppen und Expertenbeiträge von Mitgliedern** angewiesen.

Zur Entlastung des Präsidiums ist der **Aufbau eines Parteisekretariats** geplant. Alle Arbeiten wurden bisher weitgehend durch das Dreier-Präsidium erledigt, unterstützt durch die Kassierin. Neben interessanter Oeffentlichkeitsarbeit mussten aber auch viele Administrativ-Arbeiten erledigt werden, die das Präsidium stark belasteten und von wichtigen Aufgaben, wie z.B. dieser Newsletter abhielt. Die neue Konstellation mit einer Fraktion im Kantonalparlament erfordert zusätzlich die Unterstützung durch ein Sekretariat. Deshalb möchten wir einem jungen Parteimitglied die Chance geben, sich an vorderster Front parteipolitisch zu engagieren und dabei wertvolle Erfahrungen sammeln zu können. Siehe dazu die Ausschreibung dieser Stelle weiter unten.

Unsere **Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“** kommt in die Schlussphase und benötigt unbedingt die Unterstützung aller Mitglieder und Sympathisanten. Die glp Schweiz hat dazu auch einen Beitrag für die lokalen Parteikassen von Fr. 2.— je rechtsgültige Unterschrift zugesagt. Im Vergleich mit anderen Kantonen steht St. Gallen bezüglich der gesammelten Unterschriften im hinteren Mittelfeld, und es ist unumgänglich, dass wir dies mit einem speziellen Effort verbessern. Dazu werden weiter unten nochmals die Details aufgeführt, und wir bitten um Ihre Unterstützung bei der Unterschriftensammlung. Ziel bleiben ganz klar die 100'000 Unterschriften, mindestens muss sich aber die glp mit dieser Unterschriftensammlung als referendumsfähige Partei etablieren können.

An der Retraite im Juni zu Gast bei der dieses Jahr **neugegründeten Toggenburger Wahlkreispartei** (siehe separater Beitrag) feierte die St. Galler Kantonalpartei **ihr fünfjähriges Jubiläum**. Nach den bekannten Startschwierigkeiten kann die Partei nun mit einem Dreier-Präsidium und einem breit abgestützten Vorstand sowie Dank den Wahlerfolgen in den vergangenen 12 Monaten auf eine erfolgreiche Periode zurückblicken, in der sich die Mitgliederzahl von 170 auf 220 erhöhte. Nach den erfolgreichen Wahlkämpfen gilt es nun, die glp sg zusammen mit der Fraktion GLP/BDP durch die Besetzung von relevanten Themen und einer sach- und lösungsorientierten Politik in der Bevölkerung zu verankern und dadurch weiter neue Mitglieder zu gewinnen.

Organisation der glp Kanton St.Gallen

Präsidium: Werner Anderegg, Wil
Patricia Künzle, St.Gallen
Martin Wicki, Andwil

Vorstand: Philipp A. Dubach, Engelburg
Erika Häusermann, Wil
Amir Ibrahimagic, St. Margrethen
Karin Ilg, St.Gallen
Margrit Kessler, Altstätten
Berat Menlikli, St.Gallen
Nils Rickert, Rapperswil-Jona
Daniel Scherrer, Lenzburg
Urs Scherrer, Grabs
Res Schneider, St.Gallen
Michelle Stäheli, Walenstadt
Stefan Widmer, Kirchberg

Revisoren: Sandro di Domenico, Rapperswil-Jona
Martin Jeker,

Kassierin und Führung der Mitgliederliste

Irene Wicki, Andwil

St.Galler Mitglieder für die Delegiertenversammlung der glp Schweiz

Andreas Alther, Krummenau
Alfred Dubach, Engelburg
Erika Häusermann, Wil
Stefan Lengwiler, Waldkirch
Sonja Lüthi, St.Gallen
Nils Rickert, Rapperswil-Jona
Heidi Roth, St. Gallen
Daniel Scherrer, Lenzburg

Tobias Uebelhart, Rapperswil-Jona
Martin Wicki, Andwil
Stefan Widmer, Kirchberg
Rinaldo Willy, Rapperswil-Jona

Ersatzdelegierte:

Lukas Böhler, Sargans
Marc Nyffeler, Ebnet-Kappel
Felix Kneubühl, St. Gallen

St.Galler Mitglieder im Vorstand der glp Schweiz

Werner Anderegg, Wil
Patricia Künzle, St.Gallen

FachgruppenleiterInnen:

Energie / Umwelt / Raumplanung: Simon Michel, Bronschhofen
Bildung / Gesellschaft: Daniel Gerber, Bronschhofen
Gesundheit / Soziales: Margrit Kessler, Altstätten
Verkehr: Daniel Scherrer, Lenzburg
Wirtschaft / Finanzen: Res Schneider, St.Gallen

Mitglieder des Nationalrates

Margrit Kessler, Altstätten

Mitglieder des Kantonsrates

Erika Häusermann, Wil (Fraktionspräsidentin)
Karin Ilg, St. Gallen
Nils Rickert, Rapperswil-Jona
Jörg Tanner, Sargans
Martin Wicki, Andwil

Personelles

Zur Entlastung von Präsidium, Fraktion und Vorstand werden wir ein Parteisekretariat aufbauen.

Grünliberale Kanton St. Gallen:

Parteisekretariat

Die Grünliberalen suchen per 1. Oktober 2012 oder nach Vereinbarung eine(n) Parteisekretär(in) / Fraktionssekretär(in) mit einem Pensum von 15 ... 20%

Aufgaben:

- Korrespondenzadresse insbesondere Beantwortung und Weiterleitung von Mails
- Begrüssen von Neumitgliedern und Sympathisanten (AnsprechpartnerIn)
- Mitglieder- und Adressverwaltung, Mitgliederlisten erstellen
- Vorbereitung von Newsletter und Medienmitteilungen
- Anfragen beantworten (Schulen, Interessierte, glp-CH, Komitees)
- Terminumfragen erstellen
- Mithilfe beim Verfassen von Stellungnahmen, Positionen, Vernehmlassungen
- Unterstützung von Strategiepapieren und Konzepten
- Koordination zwischen Wahlkreisen und Fachgruppen
- Mailings für Orts- und Wahlkreisparteien übernehmen
- Unterstützung der Kantonsratsfraktion und anderer Gremien der Kantonalpartei

Wir wünschen:

- Parteimitgliedschaft oder zumindest Mittragen der Leitlinien der Grünliberalen
- Selbstständige Erledigung administrativer Tätigkeiten
- gute Kenntnisse der Schweizer Politlandschaft, Interesse für aktuelle politische Themen
- zeitliche Flexibilität, teilweise Abend- und Wochenendeinsätze
- gute Kommunikationsfähigkeit insbesondere guter sprachlicher Ausdruck

Wir bieten:

- Beteiligung am Aufbau einer noch jungen Partei
- Chance, ein Netzwerk in der kantonalen Politik aufzubauen
- angemessene Entlohnung
- Arbeitsort zu Hause, während der Session steht bei Bedarf unser Fraktionsbüro im Regierungsgebäude zur Verfügung, Sitzungen bei Bedarf meist in St. Gallen oder Umgebung

Fragen und Bewerbungen an: Martin Wicki, Grünliberale Partei des Kantons St. Gallen,
Arneggerstrasse 17 a, 9204 Andwil, Tel +41 78 748 79 82,
Mail: martin.wicki@glp-sg.ch

Bewerbungsfrist: 31. August 2012

GLP-Volksinitiative Energiesteuer- statt Mehrwertsteuer ESM

Was wollen wir mit der Volksinitiative erreichen?

1. Der Bedrohung durch den Klimawandel aktiv und wirksam entgegenzutreten
2. Die sich daraus ergebenden Chancen für Werk- und Denkplatz Schweiz wahrnehmen
3. Den Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft einschlagen, denn er ist ökonomisch und ökologisch sinnvoll
4. Die Stromversorgung konsequent auf erneuerbare Energie und Energieeffizienz ausrichten

Fazit: Die Initiative setzt die richtigen ökologischen und monetären Anreize und schafft langfristige Wettbewerbsvorteile für die Schweizer Wirtschaft.

Die Energiesteuer und ihre Wirkung

Anreize schaffen

Die Energiesteuer führt zu einer Erhöhung des Preises der nicht erneuerbaren Energie und löst somit einen wirksamen Anreiz zum Energiesparen aus. Dieser Anreiz führt dazu, dass bei neuen Investitionen (Autos, Liegenschaften, Geräte, Anlagen) der Energieeffizienz einen viel höheren Stellenwert beigemessen wird als bisher.

Die positiven Auswirkungen sind vielseitig. Nachstehend sind die wichtigsten aufgeführt:

Die Energiesteuer auf nicht erneuerbaren Energieträgern unterstützt wirksam die **Entwicklung neuer Energiespartechnologien**, so dass die Schweiz in diesem Bereich wieder die Technologieführerschaft übernimmt. Zudem ermöglichen sich dadurch neue Chancen für den Export von neuen Technologien speziell im Cleantechbereich. Dies sichert langfristig zahlreiche attraktive Arbeitsplätze und insgesamt unseren Wohlstand.

Die Nichtbelastung der **erneuerbaren Energie** bewirkt, dass diese einen deutlichen Wettbewerbsvorteil erhält und ihre Produktion gefördert wird. Die Nachfrage nach erneuerbarer Energie wird steigen und es darf damit gerechnet werden, dass die im In- und Ausland produzierte und im Inland verbrauchte erneuerbare Energie rasch und stark zunimmt. Zusammen mit der höheren Energieeffizienz kann die Produktion von Strom aus erneuerbarer Energie so stark werden, dass die in den nächsten Jahrzehnten in der Schweiz auslaufenden Kernkraftwerke nicht durch neue ersetzt werden müssen.

Der reduzierte Energieverbrauch und die gleichzeitige Ausdehnung der Produktion erneuerbarer Energie im In- und Ausland führen dazu, dass die Schweiz immer **weniger von Erdöl- und Gasimporten** abhängig wird und sich der Wohlstandsabfluss in Öl- und Uranmonopolstaaten deutlich reduzieren lässt. Parallel wird auch der CO₂-Ausstoss markant zurückgehen und die CO₂-Verminderungsziele zur Bewältigung des Klimawandels können mit marktwirtschaftlichen Elementen erreicht werden.

Wer profitiert von dieser Energiesteuer? Konsumenten und Unternehmen, welche sich nachhaltig verhalten und vermehrt auf Energieeffizienz und Erneuerbare setzen, werden finanziell profitieren. Wer im normalen Ablösezyklus beim Kauf eines Autos auf eine höhere Energieeffizienz und damit einen geringeren Verbrauch achtet, erfährt keine Verteuerung der Kilometerkosten. Das Gleiche gilt für die Liegenschaften: Werden diese in den nächsten Jahren schrittweise so saniert, dass der Energieverbrauch deutlich reduziert werden kann, entstehen keine zusätzlichen Energiekosten für das Wohnen. Eine Sanierung und der Einsatz von erneuerbaren Energien werden sogar zu einer deutlichen Energiekostenreduktion führen. Diejenigen Liegenschaftsbesitzer, die eine entsprechende Sanierung nicht durchführen oder nicht in Minergiestandard neu bauen, riskieren allerdings längerfristig deutliche Wertverluste und sinkende Mieterträge. Dieser Anreiz ist wesentlich wirksamer als jedes staatliche Energie-Spar-Förderprogramm.

Einfache und wirksame Erhebung

Die Festlegung des Steuersatzes in der Bundesverfassung entspricht einer langen Schweizer Tradition und stellt sicher, dass eine **Steuererhöhung nur mittels Volksabstimmung und mit Ständemehr** möglich ist. Dabei führt der Satz von 3,9% des BIP **zum gleichen Ertrag** wie die ab 1.1.2011 auf 8% festgelegte Mehrwertsteuer. Die Einführung der Energiesteuer ist damit gegenüber der MWST langfristig **staatsquotenneutral**, da sich der Ertrag der MWST – wie die Vergangenheit zeigt – in enger Relation zum BIP entwickelt hat.

Da in der Schweiz praktisch keine nicht-erneuerbare Energie (wie Öl, Gas, Benzin, Diesel, Uran und Kohle) vorhanden ist, lässt sich die **Steuer bei der Einfuhr der entsprechenden Energieträger** administrativ sehr einfach erheben. An Stelle der bisherigen Einfuhrsteuer erhebt die dafür eingerichtete Zollverwaltung die neue Energiesteuer. Dazu braucht sie nur wenig zusätzliches Personal und es entstehen nur marginale zusätzliche Erhebungskosten.

Da sich selbst bei starkem Anreiz der Gesamtverbrauch an nicht-erneuerbarer Energie im Inland realistischerweise insgesamt nur langsam senken lässt, besteht **keine Gefahr, dass die Finanzierung des Bundeshaushaltes gefährdet** sein oder dass die Energie-



grünliberale
www.gruenliberale.ch

steuer exorbitante Höhen erreichen könnte. Denkbar ist allerdings, dass in einigen Jahrzehnten, wenn sich die Schweiz der 2000 Watt-Gesellschaft nähert, die Steuer zu reduziertem Satz auf die erneuerbare Energie ausgedehnt werden könnte.

Die graue Energie wird durch die Energiesteuer nicht erfasst, da dies sowohl theoretisch als auch praktisch auf grosse Schwierigkeiten stösst. Der Gesetzgeber soll aber Handlungsmöglichkeiten bei Wettbewerbsverzerrungen erhalten.

Die Abschaffung der MWST

Positive Effekte

Der Verzicht auf die MWST bringt verschiedene positive Entwicklungen mit sich:

Die Abschaffung der MWST bewirkt, dass rund **320'000 Unternehmen** – vor allem KMUs – von einer enormen administrativen Belastung und teilweise erheblichen Wettbewerbsverzerrungen **befreit werden**. Es darf erwartet werden, dass das Gewerbe sich für die Unterstützung dieser Initiative einsetzt und diese damit eine realistische Erfolgchance erhält.

Für den Endverbraucher findet eine **finanzielle Entlastung** bei allen Investitions- und Konsumgütern sowie den Dienstleistungen statt, die der Mehrbelastung durch die Energiesteuer im Durchschnitt entspricht. Insgesamt steht den Konsumenten somit nicht weniger Kaufkraft zur freien Verfügung als vor dem Umstieg von der MWST auf die Energiesteuer.

Durch den gänzlichen Verzicht auf die MWST-Verwaltung werden erhebliche finanzielle Mittel frei, die für sinnvollere Zwecke zur Verfügung stehen.

ESM als Erfolgsmodell in Europa

Sollte sich die Schweizer Energiesteuer zu einem Erfolgsmodell entwickeln, darf davon ausgegangen werden, dass auch umliegende Staaten mit ihrem ungleich höheren Fiskalbedarf rasch eine vergleichbare Steuer einführen werden. Damit entschärfen sich einerseits die Thematik der durch die Energiesteuer nicht belasteten grauen Energie, und andererseits das Problem eines möglichen Benzintourismus. Für die Schweiz besteht – etwa in der Beziehung zur EU – als Nichtmitglied keinerlei Verpflichtung zur Erhebung einer MWST. Die EU kennt heute einen Mindeststeuersatz von 15% was für die Schweiz bei einem Beitritt kaum akzeptabel sein dürfte. Nun besteht für allfällige spätere Beitrittsverhandlungen durchaus die Möglichkeit, dass die Schweizer Energiesteuer eine ernst zu nehmende Alternative zur MWST darstellt. Eine effektive Energiesteuer scheint sogar erfolgreicher als eine MWST mit tieferem Satz. Aus Sicht der EU kann das Schweizer Modell durchaus attraktiv sein und die Schweiz würde somit eine Vorreiterrolle einnehmen.

Unterschriftensammeln: Sammeln!

Jede Unterschrift gibt 2 Franken für Deine Sektion

Am allerwichtigsten für das Zustandekommen der Initiative sind selbstverständlich motivierte Sammlerinnen und Sammler! Wir sind auf jede Unterschrift angewiesen und allen dankbar, welche ab und zu ein Stündchen zum aktiven Unterschriftensammeln opfern.

Wann wo welche Sammelaktion geplant ist, erfahrt ihr unter:

<http://gjp.colayer.com/> (diese Auflistung wird laufend und teils sehr kurzfristig aktualisiert)

Weitere Informationen und Auskünfte erhaltet Ihr unter esm@grunliberale.ch, per Telefon bei Annetta Steiner (052 202 17 78) oder beim Co-Präsidium der Kantonalpartei.

Delegiertenversammlung der Grünliberalen im Hof zu Wil am 28.1.2012

Die Delegierten der Grünliberalen feierten im Hof zu Wil ihren sensationellen Wahlerfolg.

Erika Häusermann, 31.01.2012

Dank der Initiative der Grünliberalen Wil fiel die Wahl des Austragungsortes für die 12. Delegiertenversammlung der Grünliberalen auf die Äbtstadt. Die über hundert Delegierten aus der ganzen Schweiz genossen sichtlich den geschichtsträchtigen und stimmungsvollen Gewölbekeller, in dem nicht nur die Parolen für die März-Abstimmungen gefasst, sondern auch der sensationellen Wahlerfolg der 12 National- und zwei Ständeräte gefeiert wurde.

Martin Bäumles flammende Rede über den Anstand in der politischen Auseinandersetzung, über die zukünftige Ausrichtung der Partei, mit einer Verbreiterung der Themenvielfalt für die kommende Legislatur fand bei den Delegierten grosse Zustimmung.

Mit deutlichen Mehrheiten lehnten die Delegierten die Zweitwohnungs-Initiative, die Bauspar-Initiative, die Ferien- Initiative und die Buchpreisbindung ab. Den Bundesbeschluss für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls befürworteten die Delegierten ohne Gegenstimme.



Aus dem Nationalrat

Kurzbericht von Margrit Kessler, 24. Juni 2012

In Bern habe ich mich gut eingelebt. Die Arbeit ist äusserst interessant und wir Grünliberalen sind oft das Zünglein an der Waage, ob ein Geschäft abgelehnt oder angenommen wird. Wichtig ist, dass dazu alle an der Abstimmung teilnehmen.

Es scheint, dass unsere Bevölkerung mit dem Gesundheitswesen sehr zufrieden ist, weshalb die Managed care Vorlage am 17.6.12 hoch abgelehnt wurde. Mit Interpellationen versuche ich Antworten auf Unklarheiten, zum Beispiel auf die Einwanderung von ausländischen Ärzten, zu erhalten. Zudem will ich die Hausarztmedizin unterstützen, und herauszufinden, ob im Heilmittelgesetz Art. 54 Abs. 1 Bst. b die französische oder die deutsche Fassung vor Gericht zur Anwendung kommt. Mein Postulat, die Patientenrechte zu stärken, hat bis heute alle Hürden überwunden. Es wurde vom Bundesrat angenommen und im Parlament hat es niemand „bekämpft“. Das ist ein kleiner Erfolg, was mich natürlich sehr freut. Wenn Ihr mehr über meine Arbeit und Vorstösse im Parlament wissen wollt, so findet Ihr Sie mit den folgenden Links.

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/resultate.aspx?collection=CV&gvk_urh_key=PER_4081

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/resultate.aspx?collection=AB&gvk_speaker_key=PER_278



Aus dem Kantonsrat

Kurzbericht zur Junisession 2012 von Erika Häusermann, Fraktionspräsidentin GLP/BDP

Zur Vorbereitung auf die erste Session hat sich die neugegründete GLP/BDP-Fraktion zu drei Fraktionssitzungen im Regierungsgebäude getroffen. Nebst vielen Geschäften zur Gesetzgebung, Berichten (Geschäftsbericht 2011) und Vorstössen (Motionen, Interpellationen etc.) hat uns vor allem das Sparpaket 2 der Regierung beschäftigt. Wir haben jede einzelne der 52 Sparmassnahmen und die Zusatzmassnahmen beraten und darüber abgestimmt. Dabei machten wir die Feststellung, dass die Meinungen innerhalb der Fraktion sehr weit auseinanderliegen können, die einen wollen hier sparen, die andern an einem anderen Ort.



Schlussendlich haben wir im Rat mit zwei Ausnahmen sämtlichen Sparmassnahmen der Regierung zugestimmt.

Die glp / BDP – Fraktion, von links nach rechts: Richard Ammann (BDP), Nils Rickert, Karin Ilg, Erika Häusermann, Jörg Tanner, Martin Wicki, Patrick Hilb (BDP)

Besonders Freude bereitete uns die Tatsache, dass wir einmal das Zünglein an der Waage spielen durften und wir verhindern konnten, dass der gemeinsame Antrag von CVP-EVP- und SVP Fraktion angenommen wurde. Dieser wollte insgesamt für rund 2,3 Mio Fr. Stellen einsparen zulasten der Ämter für Raumentwicklung, Gewässer und Umweltschutz /Energie.

Den Massnahmen auf der Ertragsseite nämlich Gebührenerhöhung an Hochschulen und die Begrenzung des Pendlerabzuges, hat die Fraktion mehrheitlich zugestimmt. Dem Antrag von Nils, nach der Erhöhung der Studiengebühren während dreier Jahre keine weitere Studiengebührenerhöhung mehr zu zulassen (Moratorium), hat das Parlament grossmehrheitlich zugestimmt.

Die Steuererhöhung die es ebenfalls braucht um die Finanzen wieder ins Lot zu bringen, ist in der Fraktion unbestritten. Der geplanten Steuererhöhung wird die Fraktion im Rahmen des Budgetprozesses zustimmen.

Nils hat eine Interpellation eingereicht: „Stadtbahn Obersee- Massnahmen gegen Verzögerung durch SBB“.

In den folgenden ständigen Kommissionen sind vertreten:

- Rechtspflege-Kommission: Martin Wicki
- Staatswirtschaftliche-Kommission: Karin Ilg
- Finanzkommission: Jörg Tanner
- Kommission für Aussenbeziehungen: Richard Ammann, BDP
- Redaktionskommission: Präsident Nils Rickert.

Die September- Session findet ab 24. September 2012 statt. Die Verhandlungen sind öffentlich.

<https://www.ratsinfo.sg.ch/t/kantonsrat.sessiondetail.html?sessionId=938F5B1E-C647-4292-BD4F-52BE1F458230>

<https://www.ratsinfo.sg.ch/home/geschaefstssuche.geschaeftdetail.html?geschaefid=08BE94B5-CE5F-4BB7-9EDD-CBF39B0377F8&ziel=1>

Wahlkreis- und Ortsparteien

Wahlkreis Wil

Stadt Wil: Quartierschulhaus-Initiative - Eine Schule für unsere Kinder

Ausgangslage: Der Stadtrat hatte 2011 dem Wiler Stadtparlament ein ausführungsfähiges Projekt für ein modulares Schulhaus an der Grundstrasse im Städeli-Quartier vorgelegt. Niemand im Parlament hatte bestritten, dass in diesem Quartier dringend Raum für mindestens drei Klassen und eine Kindergartenabteilung benötigt wird. Das Parlament entschied sich jedoch gegen das Quartierschulhaus mit dem Argument, mit dem Zweck der sozialen Durchmischung müsse Schulraum im Zentrum von Wil geschaffen werden.

Erika Häusermann, unsere Vertretung im Stadtparlament Wil, hat letzten Herbst anlässlich einer von ihr organisierten Informationsveranstaltung den Wunsch der Eltern nach einem Quartierschulhaus aufgenommen, ein Initiativkomitee gegründet und am 13. Dezember 2011 die "Quartierschulhaus-Initiative" eingereicht. Inzwischen hat der Stadtrat deren Rechtmässigkeit erklärt, und zurzeit werden die Unterschriftenbogen zum Druck vorbereitet. Die Unterschriftensammlung wird nächstens beginnen.

Initiativtext: „Die Stadt Wil baut ein Primarschulhaus auf dem Grundstück Nr. 56 an der Grundstrasse“

Warum braucht es diese Initiative: Kinder haben das Recht, zu ihrer eigenen Sicherheit eine Primarschule in ihrem Wohnquartier besuchen zu dürfen. Experimente zur sozialen Durchmischung dürfen nicht auf dem Buckel der Primarschulkinder ausgetragen werden.

1. Die äusserst prekäre Schulraumnot im Zentrum von Wil ist den Kindern und der Lehrerschaft nicht mehr länger zumutbar.
2. Die Stadt Wil besitzt im Städeliquartier an der Grundstrasse das Grundstück Nr. 56, welches seit Jahren für ein zukünftiges Primarschulhaus reserviert ist.
3. Aus Gründen der Schulwegsicherheit sollten die Kinder die Primarschule wenn immer möglich in ihren Wohnquartieren besuchen.
4. Das schon jetzt verstopfte Wiler Stadtzentrum würde mit noch mehr Verkehr belastet, weil bei sehr langen Schulwegen viele Eltern ihre Kinder mit dem Auto transportieren.
5. Kinder während weiterer 6 bis 8 Jahre in Provisorien wie z. B. in einem Coiffeursalon zu unterrichten, ist unnötig und einer Stadt wie Wil unwürdig.
6. Der Stadtrat sagt neuerdings (Zitat): "Selbst wenn man die geplante Schule für die Kinder im Norden ins Zentrum stellen würde, bleiben die Klassen sozial genauso wenig durchmischt wie im Standort Städeli. Der einzige Effekt besteht darin, den Kindern aus dem Norden einen langen Schulweg abzuverlangen...."

Bei dieser Quartierschulhaus-Initiative geht es konkret um das vom Parlament verhinderte Schulhaus im Wiler Städeli-Quartier. Die Initiative soll darüber hinaus klar machen, dass sich eine Mehrheit der Eltern für ihre Kinder Quartierschulhäuser und nicht eine zwangsdurchmischte Zentrumsschule wünschen

Überparteiliches Initiativkomitee (Stadt Wil): Erika Häusermann, glp, Mitglied Stadtparlament Wil, Ulrich Röschstrasse 8; Werner Andereg, glp, Bronschhoferstr. 24; Ulrike Deseö, Grubenstrasse 47; Thomas Eisenegger, Grundstrasse 47; Norbert Hodel, FDP, Mitglied Stadtparlament Wil, Traubenstrasse 12; Sabine Hofstetter, Altgrubenstrasse 18; Johannes Leutenegger, glp, Weststrasse 20; Markus Neff, Neugrubenstrasse 24; Lukas Reimann, SVP, Nationalrat, Ulrich Röschstrasse 13; Ruth Schelling, Zelghalde 21; Mario Schmitt, SVP, Mitglied Stadtparlament, Flawilerstrasse 31; Alexander Schwarz, glp, Bienenstrasse 13; Regina Spirig, Neugrubenstrasse 50; Daniel Teufer, Unt. Hofbergstrasse 12; Michael Wildhaber, Grundstrasse 57.

Wahlkreis Toggenburg

Gründung der Wahlkreispartei und Beteiligung an den Kantonsratswahlen

Am 16. Februar 2012 wurde in Krummenau mit der Wahlkreispartei Toggenburg die jüngste Sektion des Kantons aus der Taufe gehoben. Andras Alther aus Krummenau wurde dabei als erster Präsident gewählt. Des weiteren sind im Vorstand vertreten: Marc Nyffeler, Kassier (Ebnat-Kappel); Elisabeth Zähler, Aktuarin (Bazenheid); Stefan Widmer, Vertreter im Vorstand der Kantonalpartei (Kirchberg); Sven Keller (Wattwil) und Tobias Bruderer (Nesslau). Bereits fand eine erste inhaltliche Positionierung statt. Die Grünliberalen bekennen sich zur Vision eines energieautarken Toggenburg und befürworten eine weitere Regionalisierung mit dem Ziel einer ausgewogenen und abgestimmten Regionalpolitik. Auch mit dem Thema Kultur und Tourismus im Tal möchte sich die Partei genauer befassen. Zudem ist eine kritische Auseinandersetzung mit den beiden im Toggenburg geplanten Umfahrungen (Bütschwil und Wattwil) geplant.

An den Kantonsratswahlen traten die Grünliberalen im Wahlkreis Toggenburg mit vier Kandidierenden an und erreichten 2.5 % der Stimmen.

Ziel in den nächsten Monaten und Jahren ist eine Vergrößerung der Mitgliederbasis sowie eine vertiefte Auseinandersetzung mit regionalpolitischen Themen.

Fachgruppen

Fachgruppe Energie / Umwelt / Raumplanung

Für die kantonale Vernehmlassung des „BAU- UND PLANUNGSGESETZES“ suchen wir dringend Personen, welche in einer entsprechenden Arbeitsgruppe mitarbeiten möchten.

Optimal wären 4 ... 6 Personen. Sinnvollerweise sollte eine oder zwei Personen aus der Baubranche (Architekten, Planer, Bauleiter, ...) dabei sein. Die Teilnehmenden werden sich bis zum Abgabetermin Ende September 2 ... 3 mal treffen und sollten bereit sein, auch zuhause ein paar Stunden für diese Angelegenheit zu investieren.

Vernehmlassung Bau- und Planungsgesetz:

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für eine Arbeitsgruppe gesucht!

Interessierte melden sich bis Sonntag 19.8.2012 bei Martin Wicki:

martin.wicki@bluewin.ch

Termine

Termine der glp

2012	
21.8.	Fachgruppe Energie / Umwelt / Raumplanung
25. / 26.8.	Standaktion glp Gaiserwald am Abtwiler Jahrmarkt
28.8.	St.Gallen; Stadtparlament
10. 28.9.	Session Bundesparlament
18.9.	St.Gallen; Stadtparlament
23.9.	Abstimmungstermin Eidg. Vorlage: 1. Bundesbeschluss vom 15. März 2012 über die Jugendmusikförderung (Gegenentwurf zur Volksinitiative «jugend + musik»); 2. Volksinitiative vom 23. Januar 2009 «Sicheres Wohnen im Alter»; 3. Volksinitiative vom 18. Mai 2010 «Schutz vor Passivrauchen». Kantonale Vorlage: 4. Kantonsratsbeschluss über den Neubau des Forschungszentrums der Hochschule für Technik Rapperswil.
23.9.	Gesamterneuerungswahlen in den Gemeinden
24. 26.9.	Session Kantonsrat
25.9.	St.Gallen; Stadtparlament
29.9.	Delegiertenversammlung der glp Schweiz
9.10.	Fachgruppe Energie / Umwelt / Raumplanung
6.11.	St.Gallen; Stadtparlament
25.11.	Abstimmungstermin
26. 28.11.	Session Kantonsrat
26.11. 14.12.	Session Bundesparlament

27.11.	St.Gallen; Stadtparlament
4.12.	St.Gallen; Stadtparlament
4.12.	Fachgruppe Energie / Umwelt / Raumplanung (fakultativer Termin)
11.12.	St.Gallen; Stadtparlament

Wir bitten die Fachgruppen, die Wahlkreis- und Ortsparteien, uns ihre Termine mitzuteilen, damit wir diese ebenfalls in diese Übersicht einfügen können.

Aktuelle kantonale Volksinitiativen

Quelle:

http://www.abstimmungen.sg.ch/home/referenden_und_initiativen.html / Stand: 29.7.12

Aktuelle kantonale Volksinitiativen

Initiative «**Sicherheit durch Transparenz**» - (Nennung der Staatsangehörigkeit von Tätern und Tatverdächtigen)» (29.10.02)

Aktueller Stand: Der Kantonsrat hat der Initiative zugestimmt. Nächster Schritt: Verabschiedung eines dem Begehren entsprechenden Erlasses.

Initiative «**Volksinitiative für zeitgemässe Bibliotheken im Kanton St.Gallen (Bibliotheksinitiative)**»

Aktueller Stand: Initiativbegehren wurde am 27. Januar 2012 eingereicht. Es ist mit 10'731 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Nächster Schritt: Bericht und Antrag der Regierung an Kantonsrat.

Initiative «**Energiewende - St.Gallen kann es!**»

Aktueller Stand: Initiativbegehren wurde am 6. Juli 2012 eingereicht. Es ist mit 4'097 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Nächster Schritt: Bericht und Antrag der Regierung an Kantonsrat.

Ersteller Newsletter Präsidium Grünliberale Partei (glp) Kanton St. Gallen, 9000 St. Gallen

Ansprechperson betreffend Newsletter:

Martin Wicki, Co-Präsident

Telefon

+41 78 748 79 82

email

martin.wicki@glp-sg.ch, www.glp-sg.ch

Datum

13. August 2012